

Tagesordnung:

- 1 Genehmigung des öffentlichen und nichtöffentlichen Protokolls der letzten Sitzung vom 16.09.2024
- 2 Kreisjugendring
- 2.1 Änderung der Richtlinien
Vorlage: KJR/003/2024
- 3 Haushalts- und Stellenplan 2025 der Erziehungsberatungsstelle Roth-Schwabach
Vorlage: SG12/021/2024
- 4 Anpassung Pflegegeldsätze für Pflegefamilien
Vorlage: SG36/007/2024
- 5 Kreishaushalt 2025
- Vorberatung der Teilbereiche Jugendarbeit und Jugendhilfe
Vorlage: SG12/022/2024
- 6 Mitteilungen
- 6.1 Vergabe Sicherheitsdienst umA
- 6.2 Klausurtagung am 31.01.2025

Landrat Ben Schwarz eröffnet um 14 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie im Sitzungssaal des Kreistages im Landratsamt Roth. Der Ausschuss ist ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig.

1. Genehmigung des öffentlichen und nichtöffentlichen Protokolls der letzten Sitzung vom 16.09.2024

Das öffentliche und nichtöffentliche Protokoll der letzten Sitzung vom 16.09.2024 werden ohne Einwände genehmigt.

2. Kreisjugendring

2.1. Änderung der Richtlinien

Vorlage KJR/003/2024

Bericht Anja Völkl

Beschluss:

Der Ausschuss für Familie und Jugend beschließt einstimmig (14:0 Stimmen) eine Erhöhung der Jugendleiter mit Jugendleiterkarte von derzeit 7,50€ auf 10,00€ pro Tag. Des Weiteren beschließt der Ausschuss einstimmig (14:0 Stimmen) bei einer Gruppengröße bis 15 Teilnehmenden drei Betreuende zu fördern. Die Änderung der Zuschussrichtlinien tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

3. Haushalts- und Stellenplan 2025 der Erziehungsberatungsstelle Roth-Schwabach

Vorlage	SG12/021/2024
Bericht	Jürgen Lafere, Dorothee Schmidt, Elfriede Schweinzer
Anlage	Präsentation zu TOP 3

Elfriede Schweinzer gibt einen kleinen Einblick in die Arbeit der Erziehungsberatungsstelle Roth-Schwabach.

Das Team der Erziehungsberatungsstelle besteht aus 10 Beratern (Sozialpädagogen/Psychologen). Hauptaufgabe der Erziehungsberatungsstelle ist die Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten, Erziehern oder Lehrern bei individuellen Problemen wie z. B. Trennung, Scheidung, Missbrauch, Gewalt oder anderen Belastungen in der Familie. Dabei unterliegen die Fachkräfte stets der Schweigepflicht. Ziel ist es, möglichst niedrigschwellig Angebote für Hilfesuchende anzubieten. Aktuell warten Familien aufgrund der hohen Fallzahlen teilweise zwei bis drei Monate auf eine Erziehungsberatung. In akuten Fällen wird alles daran gesetzt innerhalb weniger Tage zu helfen. Seit Corona hat sich die Bandbreite der Problemstellungen deutlich vergrößert. Die Erziehungsberatungsstelle versucht Brücken zu den ambulanten Psychotherapeuten aufzubauen, um dort die Hilfestellung fortzuführen. Allerdings sind die Wartelisten so lang, dass viele Kinder/Jugendliche in der Betreuung der Erziehungsberatungsstelle bleiben müssen. Daneben bietet die Erziehungsberatungsstelle auch präventive Angebote wie beispielsweise Vorträge für Eltern, Kindergärten und Schulen oder Arbeitsgruppen für Kinder und Jugendliche.

Jürgen Meier (Diakonie) nimmt ab 14:13 Uhr an der Sitzung teil.

KRin Cornelia Griesbeck möchte wissen, warum im Haushaltsansatz bei den Personalkosten eine Steigerung von 4,8% eingerechnet ist, da nach TVöD nur mit 3% Erhöhung gerechnet wird.

Jürgen Meier (Diakonie) erklärt, dass die Tarifsteigerungen nach AVR (Arbeitsvertragsrichtlinien des Diakonischen Werkes Bayern) abweichend zum TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) sind. Aktuell wird für 2025 sogar mit einer Steigerung von 7 bis 8% gerechnet. Problem dabei ist, dass Lohnerhöhungen demnach rückwirkend zum 01.12.2024 ausbezahlt werden müssen.

Landrat Ben Schwarz ergänzt, dass es im Bereich der Personalkosten kein Einsparpotenzial gibt, da hier eine Pflichtaufgabe erfüllt wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie stimmt dem vorliegenden Haushalts- und Stellenplan 2025 der Erziehungsberatungsstelle Roth-Schwabach einstimmig (15:0 Stimmen) zu.

4. Anpassung Pflegegeldsätze für Pflegefamilien

Vorlage	SG36/007/2024
Bericht	Dorothee Schmidt
Anlage	Präsentation zu TOP 4

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie beschließt einstimmig (15:0 Stimmen), dass das Kreisjugendamt Roth die Pflegepauschalen für das Jahr 2025 gemäß den Empfehlungen des Bayer. Städte- und Landkreistages für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII anpassen darf. Die finanziellen Mittel sind entsprechend im Haushalt einzuplanen.

5. Kreishaushalt 2025

- Vorberatung der Teilbereiche Jugendarbeit und Jugendhilfe

Vorlage	SG12/022/2024
Bericht	Jürgen Lafere, Dorothee Schmidt
Anlagen	Präsentation zu TOP 5 (Kämmerei), Präsentation zu TOP 5 (Jugendamt)

Kämmerer Jürgen Lafere betont, dass die Jugendhilfe wie bereits in den vergangenen Jahren einen der Kostentreiber im Verwaltungshaushalt darstellt. Für die Unterbringung und Betreuung von Unbegleiteten minderjährigen Ausländern sind im Haushaltsentwurf, wie im Vorjahr, 3,3 Mio. € veranschlagt. Diese Ausgaben sollten aber zeitversetzt zum größten Teil vom überörtlichen Jugendhilfeträger, dem Bezirk Mittelfranken, erstattet werden. Bei der Abrechnung dieser Leistungen gibt es allerdings einige Hürden, was dazu führt, dass in den letzten Jahren nie die veranschlagten Einnahmen beim Landkreis eintrafen. Aktuell bestehen offene Forderungen gegenüber dem Bezirk Mittelfranken in Höhe von rund 2,5 Mio. €. Im laufenden Jahr 2024 hat der Landkreis für die Unterbringung der UmA bereits 2,6 Mio. € ausgegeben, erstattet wurden, Stand heute, lediglich 442.000 €. Abrechnung durch den Landkreis Roth erfolgt dabei allerdings sehr zeitnah. Diese unbefriedigende Situation betrifft in Bayern alle Landkreise und kreisfreien Städte. Seitens des Bayerischen Landkreistages gibt es deshalb Bestrebungen, das Abrechnungsverfahren zwischen Landkreisen, Bezirken, Regierungen zu verbessern.

Die Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Jugendhilfe sind sehr begrenzt.

Dorothee Schmidt und Jürgen Lafere zeigen folgende mögliche kurzfristige Einsparungen auf:

- Reduzierung der freiwilligen Leistungen für sozial benachteiligte Jugendliche von 10.000 € auf 5.000 € (- 5.000 €)
- Jugendsozialarbeit: Reduzierung von 50.000 € auf 42.000 € (- 8.000 €)
- Miete bei der Kindertagespflege: Reduzierung von 24.000 € auf 18.000 € (- 6.000 €)
- Anpassung der Pflegepauschale in der Vollzeitpflege: Reduzierung von 1.400.000 € auf 1.360.000 € (- 40.000 €)
- Reduzierung des Budgets Sozialarbeit (freiwillige Leistung) von 6.000 € auf 3.000 € (- 3.000 €)

In Summe ergeben sich dadurch Einsparungen gegenüber dem Haushaltsentwurf von **62.000 €**.

Die erläuterten Einsparungen sind zwar schmerzhaft, aber noch vertretbar, um einen jugend- und sozialpolitischen Ansatz zu verfolgen, findet Landrat Ben Schwarz.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie stimmt den erläuterten Teilbereichen Jugendarbeit und Jugendhilfe zu und empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig (15:0 Stimmen), den vorgestellten Einsparungen im Haushaltsentwurf 2025 zuzustimmen. Mittel- und langfristige Einsparpotenziale für den Haushalt 2026 sollen im Gremium bereits frühzeitig diskutiert werden.

6. Mitteilungen

6.1. Vergabe Sicherheitsdienst umA

Bericht Dorothee Schmidt

Anlage Präsentation zu TOP 6.1

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie nimmt Kenntnis.

6.2. Klausurtagung am 31.01.2025

Bericht Dorothee Schmidt

In der Klausurtagung sollen einen Nachmittag lang Themenschwerpunkte für die Arbeit im Gremium erarbeitet und tiefgehend behandelt werden.

KRin Cornelia Griesbeck wünscht sich, dass in der Klausurtagung auf Thema „Fake News“ eingegangen wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie nimmt Kenntnis.

Ende der öffentlichen Sitzung: 16 Uhr

Ben Schwarz
Landrat

Julia Bachmann
Schriftführerin